



Ringvorlesung:
Die Zukunft der Stadtstaaten

Stadtstaaten in der Krise?!

Prof. Dr. Günter Dannemann

**Forschungsstelle Finanzpolitik an der
Universität Bremen**

21. April 2005

I. Die Finanzlage der Länder und Gemeinden

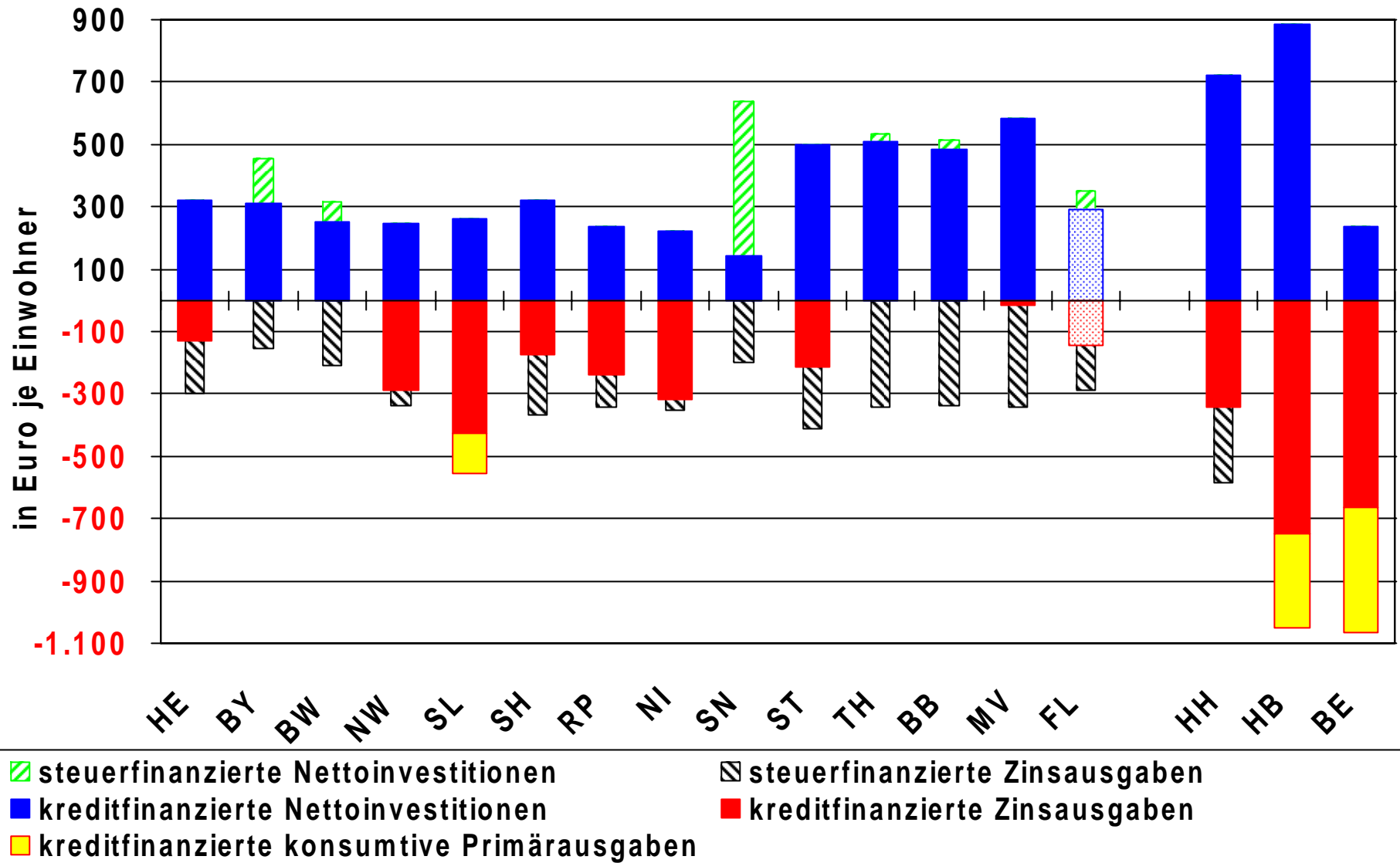
1. Aufteilung des Finanzierungsdefizits 2003
2. Konsumtive Primärausgaben 2003
3. Fazit

II. Das Auseinanderfallen von Wirtschafts- und Finanzkraft

4. BIP der Großstädte je EW 2001
5. BIP der Bundesländer je EW 2003
6. BIP je EW 2003, Finanzkraft vor und nach LFA/ BEZ 2005
7. Wirtschaftskraft und Finanzkraft Bremens 1967 bis 2005
8. Finanzkraftverteilung 2005 nach BIP 2003 für Berlin und Bremen
9. Fazit

III. Skizze eines (stadtstaaten)gerechten und wachstumsfördernden bundesstaatlichen Finanzverteilungssystems

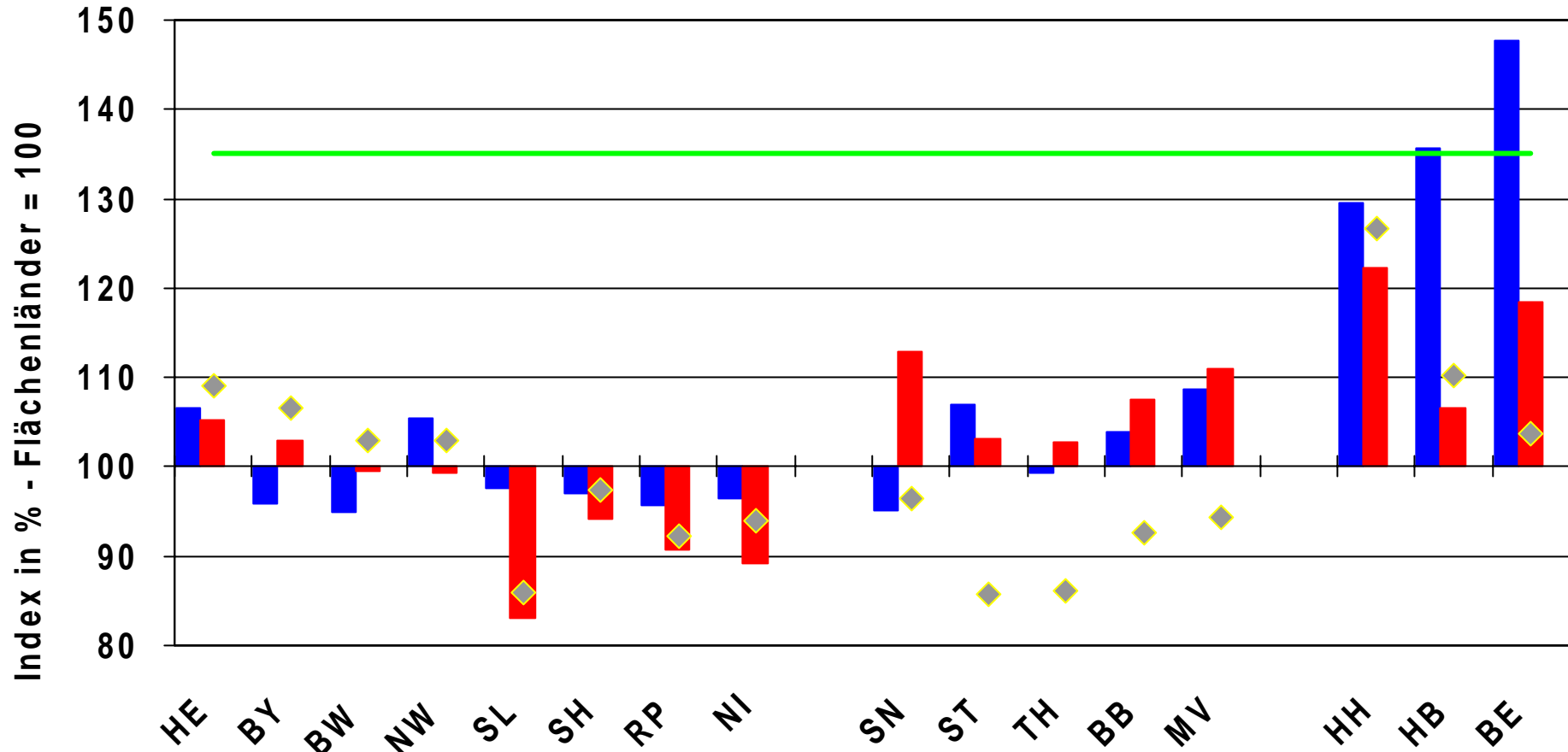
1. Aufteilung des Finanzierungsdefizits 2003



▨ steuerfinanzierte Nettoinvestitionen
■ kreditfinanzierte Nettoinvestitionen
■ kreditfinanzierte konsumtive Primärausgaben
 steuerfinanzierte Zinsausgaben
■ kreditfinanzierte Zinsausgaben

Quelle:
 Statistisches Bundesamt; Fachserie 14, Reihe 2, 2004
 LFA-Beiträge der Geberländer sind bei den Einnahmen und Ausgaben abgezogen; ohne SanierungsBEZ SL + HB.

2. Konsumtive Primärausgaben 2003



- konsumtive Primärausgaben (FL = 3.301 EUR/EW)
- Modell - konsumtiver Finanzierungssaldo = 0 (FL = 3.218 EUR/EW)
- Einwohnerwertung = 135
- ◆ Modell - zusätzlich ohne teilungsbedingte Sonder-BEZ (FL = 3.107 EUR/EW)

Quelle:

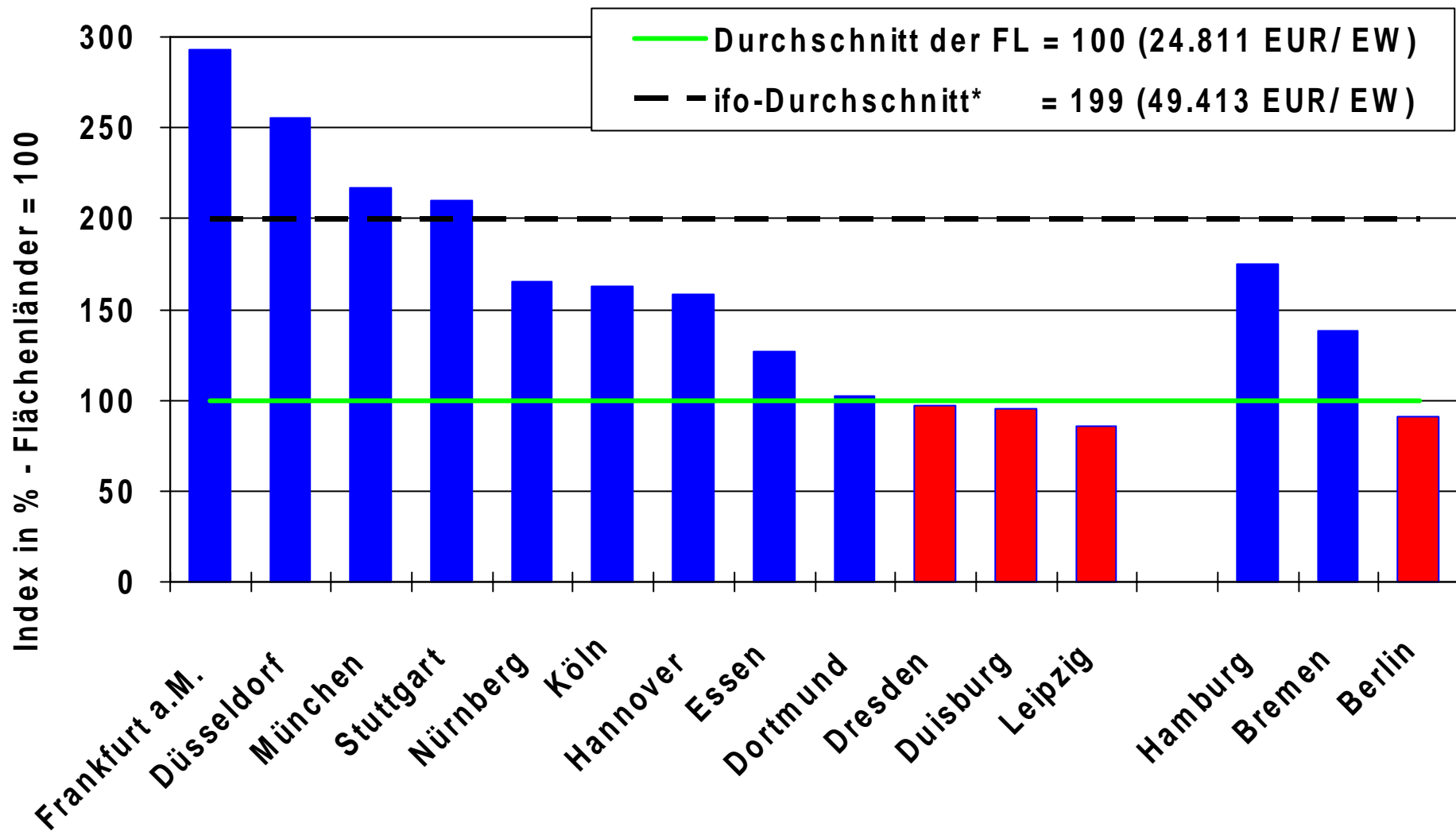
Statistisches Bundesamt; Fachserie 14, Reihe 2, 2004

LFA-Beiträge der Geberländer sind bei den Einnahmen und Ausgaben abgezogen; ohne SanierungsBEZ SL + HB.

3. Fazit

- Zwischen den 16 Bundesländern besteht ein fundamentales finanzwirtschaftliches Ungleichgewicht. Nur 5 Länder erfüllten 2003 Art. 115 GG.
- Besonders negativ betroffen sind die Stadtstaaten. Hamburg verdeckt die Problematik durch Vermögensveräußerungen und massive Verschuldung außerhalb des Haushalts.
- Bremen, Berlin und Saarland sind in einer extremen Haushaltsnotlage, zumindest Sachsen-Anhalt und Thüringen sind davon bedroht.
- Ohne externe Hilfe würden Bremen und noch mehr Berlin ihre Großstadtfunktion verlieren, wenn sie aus eigener Kraft durch überdurchschnittliches Sparen einen verfassungsgemäßen Haushalt erreichen sollen.

4. BIP der Großstädte je Einwohner 2001

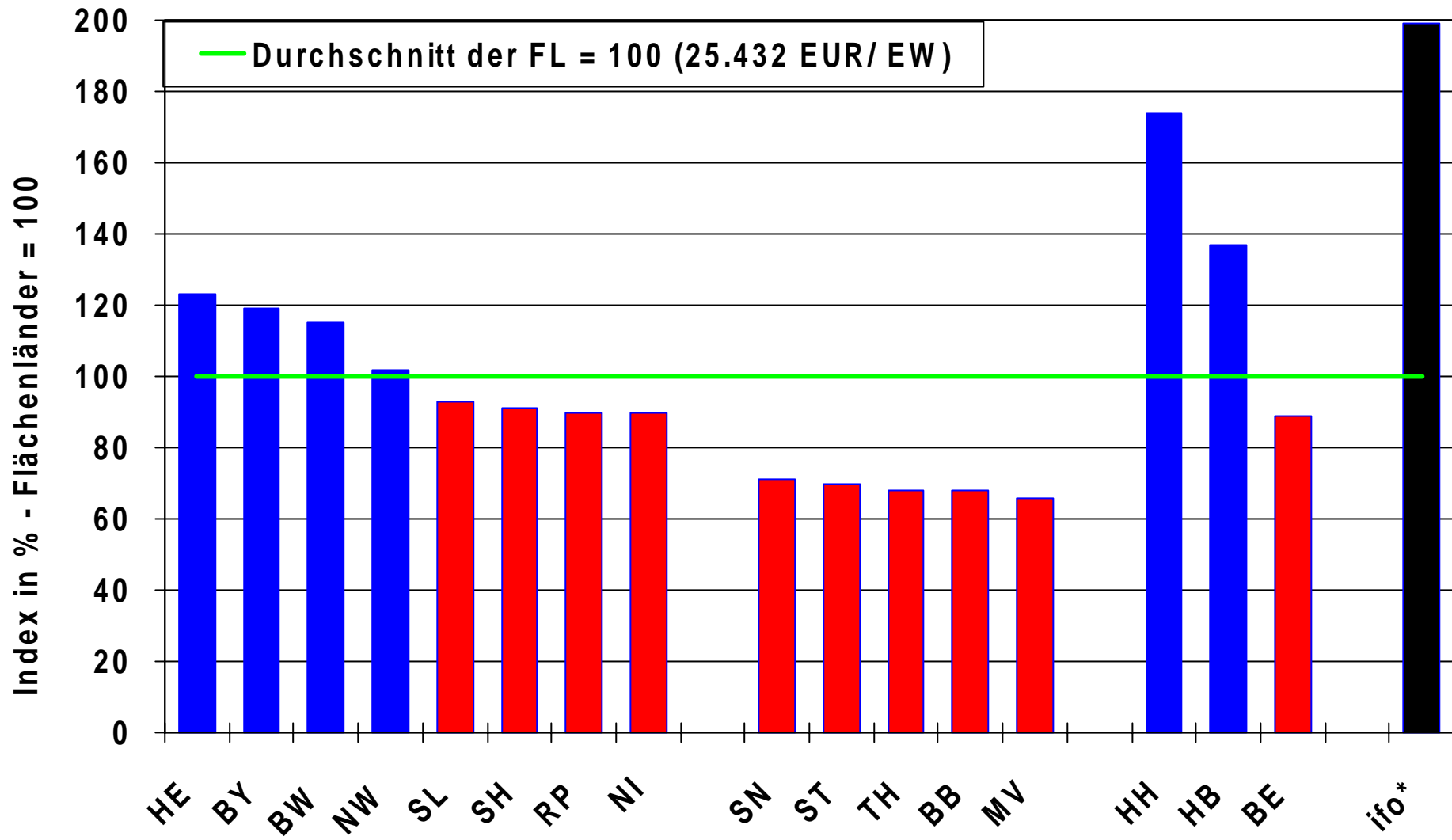


Für die Stadtstaaten und "Flächenländer" Einwohner am 30.06., Rest: Einwohner im Jahresdurchschnitt.

* ifo-Durchschnitt = Düsseldorf, Frankfurt, Hannover, Köln, München, Stuttgart zu 100% und Dortmund, Duisburg, Essen zu 50%.

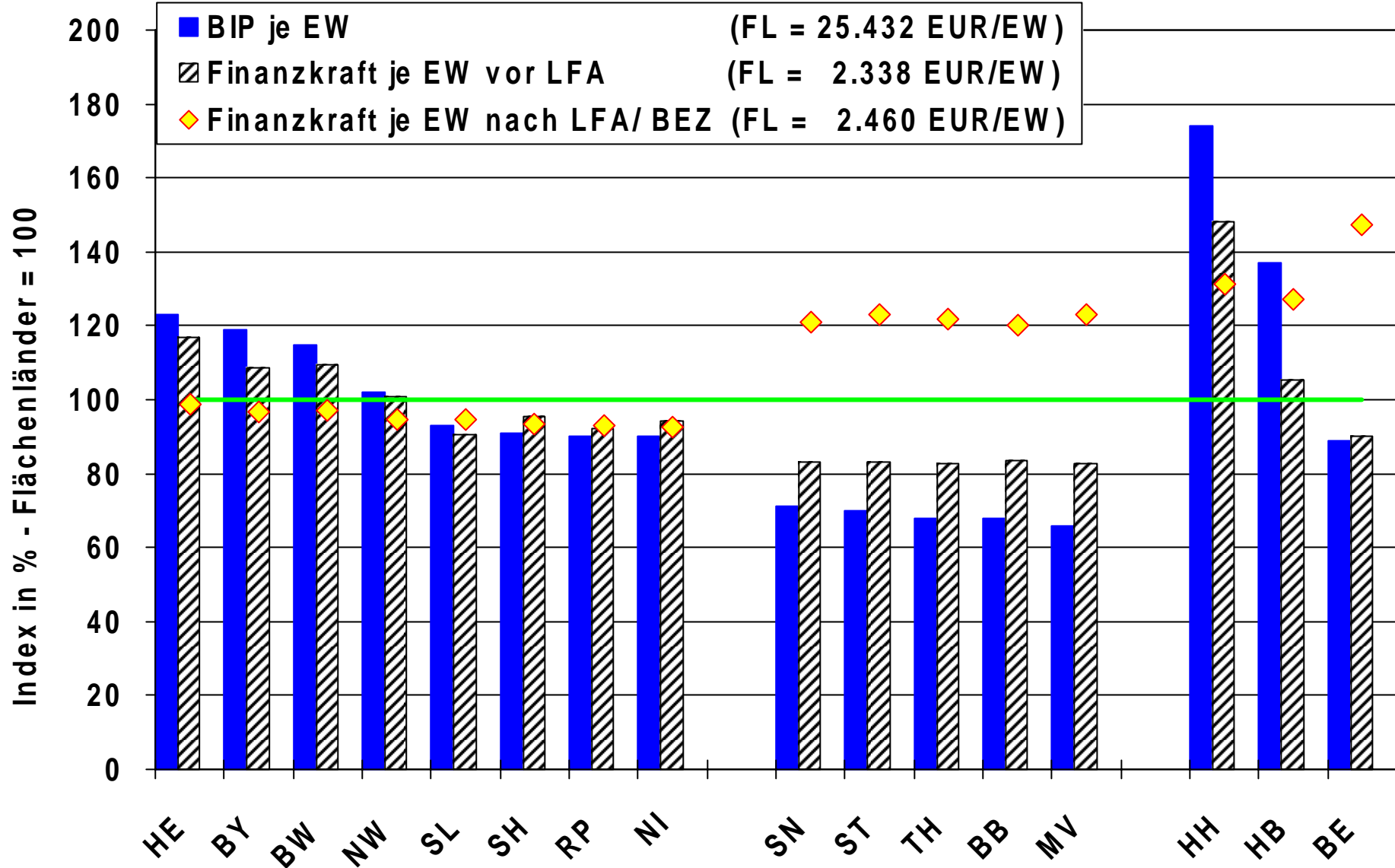
Quelle:
Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder, Stand August 2004
Statistische Ämter des Bundes und der Länder - Statistik regional 2003

5. BIP der Bundesländer je Einwohner 2003



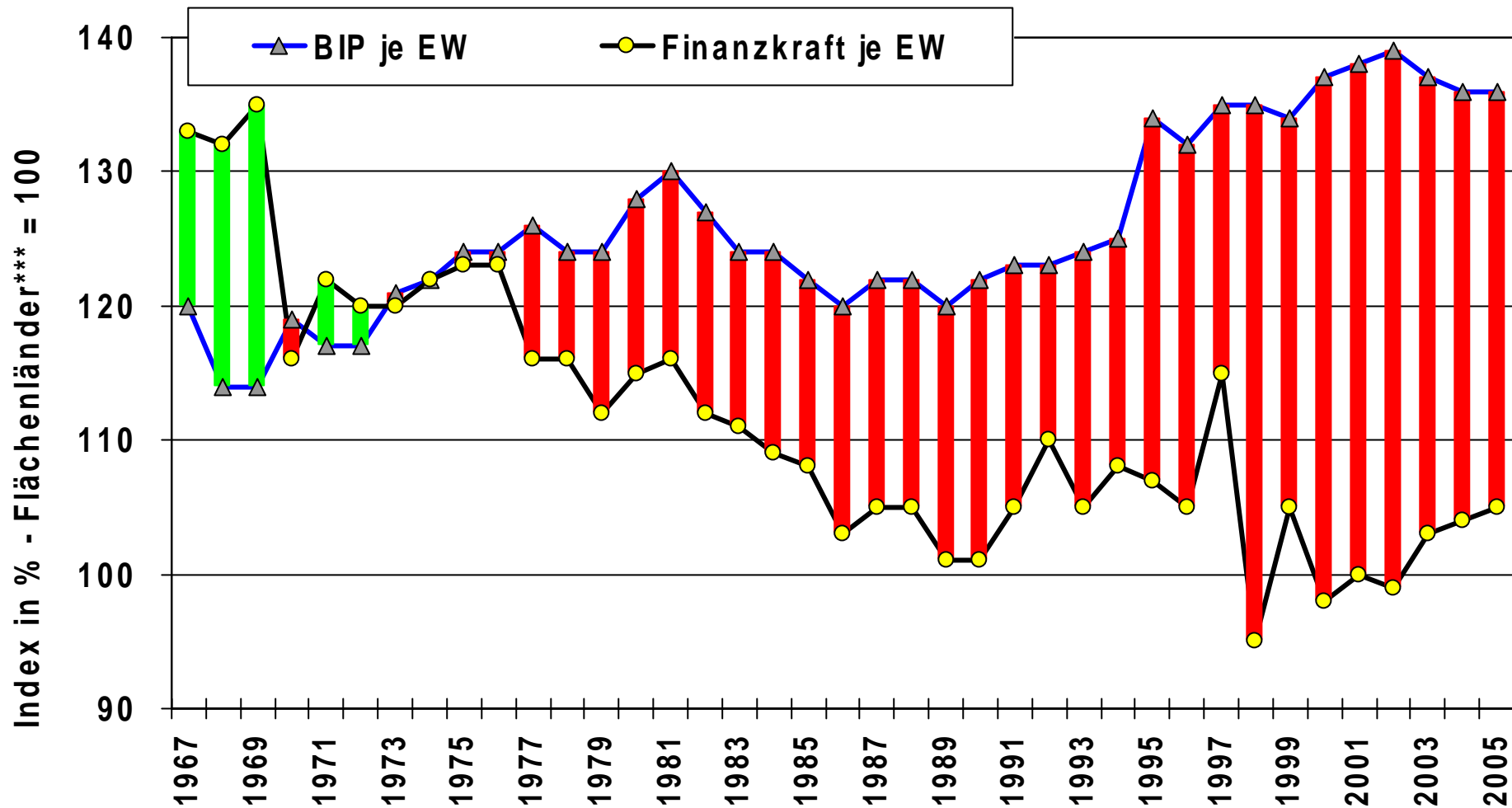
* Stand 2001: ifo-Durchschnitt = Düsseldorf, Frankfurt, Hannover, Köln, München, Stuttgart zu 100% und Dortmund, Duisburg, Essen zu 50% (bezogen auf den Flächenländerdurchschnitt 2001)

6. BIP je Einwohner 2003, Finanzkraft vor und nach LFA/ BEZ 2005



Quelle:
Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder Stand August 2004
Steuerschätzung November 2004

7. Wirtschaftskraft* und Finanzkraft** vor LFA Bremens 1967 bis 2005



* 1967 - 1969: eigene Berechnungen -> Umbasierung der Daten 1967-1969 aus "Statistisches Jahrbuch 1974, 1975 und 1977; Stat. Bundesamt" anhand der Abweichungen der Zahlen der Stat. Jahrbücher für 1970-1972 gegenüber den Rückrechnungsergebnissen des "Arbeitskreises VGR" für 1970-1972. ** Ohne Abzug von Sonderlasten. *** bis 1994 ohne "Neue Länder,, BIP von 2005 aus 2004

Quelle:
Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Stand August 2004 (BIP von 2005 aus 2004)

2. Verordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes für das jeweilige Ausgleichsjahr (endgültige Abrechnung), BMF (2003/ 2004 vorläufige Zahlen) Steuerschätzung November 2004

8. Finanzkraftverteilung 2005 nach BIP 2003
für Berlin und Bremen

	Berlin	Bremen
	in Mio. Euro	
1. Tatsächliche Finanzkraft im LFA	7.150	1.634
2. Finanzkraft nach BIP	7.055	2.128
3. (1.-2.) Gewinn (+), Verlust (-)	+ 95	- 494
4. LFA-Zuweisungen	+ 2.345	+ 282
5. BEZ	+ 2.784	+ 159
6. (3.+4.+5.) Nettogewinn (+), Nettoverlust (-)	+ 5.224	- 53
(6./2. in %) Anteil an Finanzkraft nach BIP	+ 74 %	- 2,5 %

9. Fazit

- Es ist aberwitzig, wenn Bremen auf den Vorstufen der Umsatzsteuerverteilung und der Lohnsteuerzerlegung mehr weggenommen wird als über LFA/ BEZ zugeführt wird! Bremen erwirtschaftet somit die Steuereinnahmen selbst, über die es nach LFA/ BEZ verfügt, hängt also per Saldo nicht am Tropf der Länder und des Bundes, sondern ist letztlich Geberland.
- Dagegen hängt Berlin voll am Tropf und wäre ohne LFA/ BEZ-Zahlungen nicht lebensfähig.
- Die Schere zwischen Finanzkraft und Wirtschaftskraft hat in Bremen nach meiner Auffassung gegenwärtig ein verfassungswidriges Ausmaß angenommen.
- Eine leistungsbezogene Finanzkraftverteilung nach BIP würde Bremen nicht aus seiner extremen Haushaltsnotlage befreien. Die höheren eigenen Steuereinnahmen würden kompensiert durch den Wegfall von LFA/ BEZ.

aber: Als Geberland hätte Bremen optisch eine erheblich bessere Verhandlungsposition (Entschuldungshilfen, Investitionshilfen, Einwohnerwertung)

- Steuerverteilung nach Wirtschaftskraft (BIP/ Arbeitsplätze)
- Systemumstieg auf vertikalen Finanzausgleich:
 - **Bundesfonds („Verbundmasse“) aus BEZ und Umsatzsteueranteilen**
 - **Verteilung durch Bundesregierung/ Bundestag**
 - **zu lösende Probleme:**
 - a. Herstellung gleicher Startchancen (Schuldenfonds)
 - b. angemessene Finanzausstattung der Stadtstaaten (Großstadtfunktion)
 - c. angemessene Abgeltung der Hauptstadtfunktion Berlins
 - d. angemessene Aufstockung der Finanzausstattung der ostdeutschen Flächenländer
 - e. aktive Sanierung wirtschaftsschwacher Länder durch Investitionshilfen
 - f. Berücksichtigung von Sonderlasten (z. B.: Kosten politischer Führung kleiner Länder, Bau- und Betriebskosten der Seehafeninfrastruktur, Grenzgängerkosten)